

**NIEDERSCHRIFT
ZUR SITZUNG DES
RATES**

**Sitzungs-Nr./Gremium/Wahlperiode:
24. Rat 2009-2014
Sitzungsdatum:
02.02.2012**

Niederschrift

Übach-Palenberg, den 02.02.2012

Unter dem Vorsitz von Bürgermeister Wolfgang Jungnitsch versammelte sich heute um 17:00 Uhr im großen Sitzungssaal des Rathauses der

Rat der Stadt Übach-Palenberg

um über folgende Tagesordnung zu beraten:

Tagesordnung

A) Öffentliche Sitzung

1. Genehmigung der Niederschrift der letzten Sitzung vom 01.12.2011
2. Bericht über die Ausführung der Beschlüsse des Rates vom 21.07.2011 aus öffentlicher Sitzung
3. Änderung der Bestellung von Stellvertretern der Stadt Übach-Palenberg in Unternehmen und Einrichtungen
- 3.1 Änderung der Bestellung eines Stellvertreters der Stadt Übach-Palenberg in die Gesellschafterversammlung der Wirtschaftsförderungsgesellschaft mbH des Kreises Heinsberg
- 3.2 Änderung der Bestellung eines Stellvertreters der Stadt Übach-Palenberg in das Kuratorium der Anton-Heinen-Volkshochschule
4. 42. Änderung des Flächennutzungsplanes - Einkaufszentrum Am Wasserturm - hier: Abschluss der öffentlichen Auslegung und Feststellungsbeschluss
5. Anordnung einer Einwohnerversammlung: Vorstellung der Planung für den Ausbau der Klosterstraße
6. 4. Änderung der Satzung über das Friedhofs- und Bestattungswesen in der Stadt Übach-Palenberg
7. Beratung und Beschluss des Stellenplanes für das Haushaltsjahr 2012
8. Festlegung einer Erheblichkeitsgrenze gem. § 83 Abs. 2 GO NRW
9. Festlegung der investiven Maßnahmen 2012 (Dringlichkeitsliste) incl. Ermächtigungsübertragungen
10. Festlegung der Höhe der Liquiditätskredite für das Haushaltsjahr 2012

11. Beratung und Erlass der Haushaltssatzung 2012
12. Erweiterungen zur Tagesordnung
- 12.1 Antrag der SPD-Fraktion gem. § 5 GeschO vom 16.01.2012 betr. Aussetzen der Dichtheitsprüfungen
13. Bericht und Mitteilungen des Bürgermeisters
14. Bericht des Kämmerers zur Finanzlage der Stadt Übach-Palenberg
15. Einwohnerfragestunde

B) Nichtöffentliche Sitzung

16. Bericht über die Ausführung der Beschlüsse des Rates vom 21.07.2011 aus nichtöffentlicher Sitzung
17. Erweiterungen zur Tagesordnung
18. Bericht und Mitteilungen des Bürgermeisters
- 18.1 Erläuterungen zum Stellenplan für das Haushaltsjahr 2012 (vertraulich)

Es waren anwesend:

Stadtverordnete

Frau Brigitte Appelrath	B'90/Die Grünen
Frau Bärbel Bartel	SPD
Herr Franz Bergstein	UWG
Herr Wolfgang Bien	UWG
Herr Rudolf Burbaum	SPD
Herr Thomas Dieckmann	UWG
Herr Herbert Fibus	SPD
Herr Fred Fröschen	CDU
Herr Josef Fröschen	CDU
Herr Peter Fröschen	CDU
Frau Karin Fürkötter	SPD
Frau Silvia Gillen	CDU
Herr Herbert Görtz	CDU
Herr Gerhard Gudduschat	CDU
Herr Wolfgang Gudduschat	FDP
Herr Walter Junker	CDU
Frau Norma Kuhlmeier	SPD
Herr René Langa	CDU
Herr Herbert Mlaker	SPD
Herr Manfred J. Offermanns	parteilos
Herr Hans-Georg Overländer	SPD

Frau Eva Maria Piez	SPD
Herr Rainer Reißmayer	B'90/Die Grünen
Herr Winand Ruland	CDU
Herr Hüseyin Salin	SPD
Herr Dieter Sarasa	UWG
Herr Wolfgang Schneider	SPD
Herr Jörg Ulrich	CDU
Herr Oliver Walther	CDU
Frau Corinna Weinhold	UWG
Herr Heiner Weißborn	SPD

Abwesende Stadtverordnete

Herr Hubert Wynands CDU

Verwaltungsbedienstete

Herr Bürgermeister Wolfgang Jungnitsch
Herr Erster Stadtbeigeordneter Engelbert Piotrowski
Herr Dezernent Hans-Peter Gatzert
Herr Stadtoberverwaltungsrat Heinz Waliczek
Herr Stadtoberamtsrat Franz Janssen
Herr Kämmerer Björn Beeck

Schriftführerin

Frau Stadtamtfrau Kerstin Schade

Bürgermeister Jungnitsch begrüßte die Stadtverordneten, die Vertreter der Verwaltung, die Zuschauer und die Vertreter der Presse.

Er bedankte sich für die vielen Glückwünsche, die er zu seinem Geburtstag erhalten habe und erklärte, dass auch ein Mitglied des Rates vor zwei Tagen einen besonderen Geburtstag gefeiert habe. Er gratulierte Stadtverordneten Piez noch einmal nachträglich herzlich zu ihrem Geburtstag.

Bürgermeister Jungnitsch stellte die ordnungsgemäße Einladung und die Beschlussfähigkeit des Rates fest.

Er schlug vor, entsprechend des Ergebnisses der letzten Sitzung des Haupt- und Finanzausschusses, den Tagesordnungspunkt 5 "Anordnung einer Einwohnerversammlung: Vorstellung der Planung für den Ausbau der Klosterstraße" zurückzustellen.

Hiergegen erhob sich kein Widerspruch.

Stadtverordneter **Weißborn** erklärte, dass die SPD-Fraktion am Ende der öffentlichen Sitzung eine Anfrage und am Ende der nichtöffentlichen Sitzung zwei Anfragen an die Verwaltung richten wolle.

Stadtverordnete **Gillen** erklärte, dass die CDU-Fraktion am Ende der öffentlichen Sitzung eine Anfrage an die Verwaltung richten wolle.

A) Öffentliche Sitzung

1. **Genehmigung der Niederschrift der letzten Sitzung vom 01.12.2011**

Beschluss:

Die Niederschrift der Sitzung des Rates vom 01.12.2011 wird genehmigt.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig

2. **Bericht über die Ausführung der Beschlüsse des Rates vom 21.07.2011 aus öffentlicher Sitzung**

Der Bericht über die Ausführung der Beschlüsse des Rates vom 21.07.2011 aus öffentlicher Sitzung wurde ohne Fragen und ohne Widerspruch zur Kenntnis genommen.

3. **Änderung der Bestellung von Stellvertretern der Stadt Übach-Palenberg in Unternehmen und Einrichtungen**

3.1 **Änderung der Bestellung eines Stellvertreters der Stadt Übach-Palenberg in die Gesellschafterversammlung der Wirtschaftsförderungsgesellschaft mbH des Kreises Heinsberg**

Beschluss:

Folgende Änderung wird beschlossen:

Als Stellvertreter der Stadt Übach-Palenberg in die Gesellschafterversammlung der Wirtschaftsförderungsgesellschaft mbH des Kreises Heinsberg wird als Ersatz für Stadtamtsrat Michael Wirth Stadtverwaltungsrat Helmut Mainz entsandt.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig

3.2 **Änderung der Bestellung eines Stellvertreters der Stadt Übach-Palenberg in das Kuratorium der Anton-Heinen-Volkshochschule**

Beschluss:

Folgende Änderung wird beschlossen:

Als Stellvertreter der Stadt Übach-Palenberg in das Kuratorium der Anton-Heinen-Volkshochschule wird als Ersatz für den Kämmerer a.D. Bernd Schmitz Verwaltungsangestellter Volkhard Dörr entsandt.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig

4. **42. Änderung des Flächennutzungsplanes - Einkaufszentrum Am Wasserturm -
hier: Abschluss der öffentlichen Auslegung und Feststellungsbeschluss**
-

Beschluss:

1. Es wird festgestellt, dass von Seiten der Öffentlichkeit während der öffentlichen Auslegung gem. § 3 Abs. 2 BauGB keine Stellungnahmen vorgebracht wurden.
2. Über die von den Behörden und den sonstigen Trägern öffentlicher Belange eingegangenen Stellungnahmen wird entsprechend den Anlagen 2.1 bis 2.5 und 2.7 entschieden.

Der Wortlaut des Beschlusses zu der Anlage 2.6 wird wie folgt geändert:
„Die Bedenken werden zurück gewiesen“.

(Die Anlagen sind Bestandteil der Sitzungsunterlagen und in der Urschriftensammlung enthalten.)

3. Die 42. Änderung des Flächennutzungsplanes für den Bereich "Einkaufszentrum Am Wasserturm" wird festgestellt.

Abstimmungsergebnis:

Jeweils einstimmig

5. **Anordnung einer Einwohnerversammlung: Vorstellung der Planung für den Ausbau der Klosterstraße**
-

Der Tagesordnungspunkt wurde bereits zu Beginn der Sitzung zurückgestellt.

6. **4. Änderung der Satzung über das Friedhofs- und Bestattungswesen in der Stadt Übach-Palenberg**
-

Beschluss:

Die als Anlage beigefügte 4. Änderung der Satzung über das Friedhofs- und

Bestattungswesen in der Stadt Übach-Palenberg wird beschlossen (die Anlage ist Bestandteil der Sitzungsunterlagen und in der Urschriftensammlung enthalten).

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig

7. Beratung und Beschluss des Stellenplanes für das Haushaltsjahr 2012

Stadtverordneter **Gudduschat** erklärte, die CDU-Fraktion werde dem vorliegenden Stellenplan vollumfänglich zustimmen.

Er wolle jedoch anmerken, dass 4 Beamtenstellen und 14 Beschäftigtenstellen mit einem ku-Vermerk versehen seien. Es sollte darauf hingearbeitet werden, dass künftig Personen entsprechend ihrer Qualifikation eingesetzt werden.

Stadtverordneter **Weißborn** erklärte, er werde dem Stellenplan nicht zustimmen, da er auch dem vorliegenden Haushaltsentwurf nicht zustimmen werde.

Stadtverordnete **Weinhold** teilte mit, dass die UWG-Fraktion dem Stellenplan zustimmen werde.

Stadtverordneter **Gudduschat** erklärte als Hinweis an Stadtverordneten Weißborn, man könne dem Stellenplan zustimmen auch wenn man dem Haushalt nicht zustimme.

Stadtverordneter **Weißborn** entgegnete, dies sei ihm sehr wohl bewusst. Er werde dem Stellenplan jedoch nicht zustimmen, weil die Anzahl der freien Soll-Stellen zu groß sei und weil er hier noch Sparpotential sehe.

Stadtverordneter **Rißmayer** erklärte, die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen werden dem vorliegenden Stellenplan zustimmen, obwohl sie dem Haushalt nicht zustimmen werde. Mit der Zustimmung zum Stellenplan wolle man der Verwaltung den Rücken stärken.

Bürgermeister Jungnitsch wies in Bezug auf die Äußerung des Stadtverordneten Weißborn darauf hin, dass die Differenz zwischen Soll- und Ist-Stellen im Verhältnis zu früheren Zeiten bereits stark abgebaut worden sei.

Stadtoberverwaltungsrat **Waliczek** ergänzte, dass der Stellenplan ausschließlich die notwendigen Stellen enthalte. Mit einer Ablehnung des Stellenplans handle man demnach fahrlässig gegenüber dem Personal, da die Aufgabenerfüllung bei Streichung der unbesetzten Stellen gefährdet sei.

Stadtverordneter **Weißborn** entgegnete, dem Rat stehe es doch wohl zu, frei zu entscheiden. Und in Bezug auf die Äußerung des Bürgermeisters, die große Differenz zwischen Soll- und Ist-Stellen sei damals Usus gewesen, wolle er darauf hinweisen, dass man sich jetzt in einer ganz anderen Haushaltssituation befinde.

Beschluss:

Dem Stellenplan der Beamten und tariflich Beschäftigten für das Jahr 2012 wird zugestimmt (der Stellenplan ist Bestandteil der Sitzungsunterlagen und in der Urschriftensammlung enthalten).

Abstimmungsergebnis:

21 Ja-Stimmen
9 Nein-Stimmen
2 Enthaltungen

8. Festlegung einer Erheblichkeitsgrenze gem. § 83 Abs. 2 GO NRW

Kämmerer **Beeck** erläuterte, § 83 der Gemeindeordnung NRW verpflichte, eine Erheblichkeitsgrenze festzulegen. Lege man keine fest, bedeute dies im Umkehrschluss, dass die Erheblichkeitsgrenze bei Null liege.

Ob die vorgeschlagene Erheblichkeitsgrenze die richtige sei, müsse jeder selber für sich entscheiden. Aber unter Berücksichtigung des Vergleichs mit anderen Kommunen halte er die vorgeschlagene Grenze für sinnvoll.

Beschluss:

Überplanmäßige und außerplanmäßige Aufwendungen und Auszahlungen ab einem Wert von 15.000 € gelten gem. § 83 Abs. 2 GO NRW als erheblich und unterliegen somit der vorherigen Zustimmung des Rates der Stadt Übach-Palenberg.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig

9. Festlegung der investiven Maßnahmen 2012 (Dringlichkeitsliste) incl. Ermächtigungsübertragungen

Kämmerer **Beeck** erläuterte, dass die Ermächtigungsübertragungen in Absprache mit der Kommunalaufsicht voraussichtlich noch einmal überarbeitet werden müssen, so dass hierüber in der kommenden Ratssitzung dann eine erneute Entscheidung getroffen werden müsse.

Beschluss:

Die vorgelegte Dringlichkeitsliste incl. der Ermächtigungsübertragungen wird mit evtl. Änderungen im Rahmen der Haushaltsbegleitbeschlüsse beschlossen (die Dringlichkeitsliste ist Bestandteil der Sitzungsunterlagen und in der Urschriftensammlung enthalten).

Abstimmungsergebnis:

18 Ja-Stimmen
13 Nein-Stimmen
1 Enthaltung

10. **Festlegung der Höhe der Liquiditätskredite für das Haushaltsjahr 2012**

Beschluss:

Der Höchstbetrag der Kredite, die zur Liquiditätssicherung in Anspruch genommen werden dürfen, wird auf 12 Millionen Euro festgesetzt.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig

11. **Beratung und Erlass der Haushaltssatzung 2012**

Bürgermeister Jungnitsch bat die Fraktionsvorsitzenden und Parteienvertreter um ihre Wortbeiträge zum Haushaltsentwurf 2012.

Stadtverordneter **Gudduschat** führte aus:

"Sehr geehrter Herr Bürgermeister, meine Damen und Herren,

dies ist bereits der dritte Haushalt, der uns mit einem Haushaltssicherungskonzept zur Entscheidung vorgelegt wird.

Die Haushaltssicherungskonzepte 2010 und 2011 waren nicht genehmigungsfähig.

Dies droht uns auch für das Haushaltssicherungskonzept 2012.

Wir werden uns deshalb auch weiter im Zustande des „Nothaushaltes“ befinden.

Übach-Palenberg zählt damit zum Pflichtteilnehmerkreis der ersten Stufe des sog. Stärkungspaktgesetzes. Damit soll den 34 ärmsten Kommunen in NRW aus der Finanzmisere geholfen werden.

Es muss also über die Verminderung von Pflichtaufgaben im Rahmen der Zulässigkeit nachgedacht werden, genauso darüber ob freiwillige Aufgaben aufgegeben werden sollen oder können.

Dies bedeutet weiterhin, dass jede neue Investition ab 60 Euro durch Einzelantrag der Aufsichtsbehörde zur Genehmigung vorgelegt werden muss.

Einen Haushalt aufzustellen, zu beraten und zu beschließen, von dem man weiß, dass er nicht genehmigt wird, ist mehr als frustrierend.

Wir, die bürgerliche Mehrheit von CDU, UWG und FDP, stellen uns trotzdem dieser Verantwortung, die uns der Wähler übertragen hat und versuchen, die städtischen Finanzen wieder in Ordnung zu bringen.

Wir stellen uns dem Ziel der intergenerativen Gerechtigkeit, d.h. man darf grundsätzlich nicht mehr Güter verbrauchen als man anschafft, ansonsten würde man auf Kosten der zukünftigen Generationen wirtschaften.

Sehr geehrter Herr Weißborn, Ihr Angebot, sich den Problemen gemeinsam zu stellen, nehmen wir gerne an. Sie können heute damit beginnen, wenn Sie dem Haushalt 2012 zustimmen.

Ein erster Schritt in diese Richtung ist, das mit diesem Haushalt das Minus im Jahresergebnisplan von 2012, um ca. 2 Mill. Euro von - 7,4 auf - 5,4 Mill. Euro verbessert wird.

Bis 2015 wollen wir erreichen, das Jahresergebnis auf ein Minus von ca. 2 Mill. Euro zu senken.

Diese Verbesserungen werden natürlich auch durch die Zuwendungen aus dem Stärkungspaket in Höhe von ca. 2,2 Mill. Euro jährlich erreicht.

Leider stehen diesen Mitteln in gleicher Höhe Aufwendungen aus Derivaten gegenüber, so dass im Saldo keine weitere Verbesserung hierdurch erreicht wird.

Weiterhin müssen wir für die Kosten der Klageverfahren dieser Derivate-Geschäfte gegen die WestLB, 120.000 Euro im Haushalt 2012 bereitstellen.

Die Kosten für die Klageverfahren Waschkaue und Klangbrücke müssen mit je 60.000 Euro veranschlagt werden.

Sie sehen meine Damen und Herren, so kostspielig kann Vergangenheitsbewältigung werden.

Wir können nur hoffen, dass wir diese Rechtsstreitigkeiten erfolgreich abschließen können, damit wir diese Kosten nicht selber tragen müssen.

Erstmalig seit 2004 haben wir eine um 700.000 Euro geringere Kreisumlage zum Vorjahr zu verzeichnen. Dies wurde möglich, weil der Kreis einen Betrag in Höhe von 7, 5 Mill. Euro aus der Rücklage entnommen hat. Ein richtiger Schritt in die Richtung, die Kommunen im Kreis zu entlasten.

Die Grundsteuer A wird auch in 2012 nicht erhöht und wird weiterhin mit einem Hebesatz von 240 v.H. erhoben.

Der Hebesatz der Grundsteuer B wird von 400 v.H. auf 413 v.H. und damit auf den fiktiven Hebesatz lt. GFG 2012 angehoben.

Die Gewerbesteuer wird von 409 v.H. auf 411 v.H. angehoben und entspricht damit ebenfalls dem fiktiven Hebesatz lt. GFG 2012.

Die Personalaufwendungen können auch im Jahre 2012 um ca. 130.000 Euro reduziert werden und sollen bis 2015 nach Möglichkeit auf den Stand von ca. 10 Mill. Euro gehalten werden. Dies sind positive Ergebnisse aus der Änderung im Bereich der Aufbau- und Ablauforganisation in der Verwaltung, die in 2011 umgesetzt wurden.

Die Zuschüsse an die Vereine wurden in 2011 mit einer Kürzung von 10 % ausbezahlt.

Der gleiche Betrag in Höhe von ca. 43.000 Euro wurde auch 2012 im Haushalt eingestellt, in der Hoffnung, dass die Zahlung genehmigt wird.

Lassen sie mich zu den Schulen in unserer Stadt kommen.

Die Stadt Übach-Palenberg bekommt für 2012 eine Schulpauschale in Höhe von 819.000 Euro. Diese Einnahmen sind nur ein Bruchteil der Ausgaben für Schulen in 2012.

Bei den investiven Ansätzen für Lehr- und Unterrichtsmittel wurden keine Kürzungen vorgenommen. Die Ansätze wurden lediglich an den sinkenden Schülerzahlen angepasst.

Bei Ausgaben in diesem Bereich, ab einem Betrag von 60 Euro, bedarf es weiterhin der Antragstellung mit Begründung der Notwendigkeit und Genehmigung durch die Aufsichtsbehörde.

Bei den nichtinvestiven Maßnahmen für die Schulen werden jährlich 550.000 Euro und für den Planungszeitraum bis 2015 2,2 Mill. Euro bereitgestellt. Diese Mittel sind für Instandsetzung, Instandhaltung und den Brandschutz an unseren Schulen vorgesehen.

Mit diesen Aufwendungen soll der ermittelte Instandsetzungsstau an unseren Schulen in Höhe von ca. 9 Mill. Euro langfristig beseitigt werden.

Ich komme zu den rentierlichen Investitionsmaßnahmen, die in der Dringlichkeitsliste für 2012 im Bereich A, Kategorie I eingestuft sind. Hierbei handelt es sich hauptsächlich um Kanalbaumaßnahmen und Ausgaben für das Bestattungswesen.

Hierfür sind ca. 1,2 Mill. Euro für 2012 und bis 2015 insgesamt 4,2 Mill. Euro vorgesehen.

Hierzu dürfen Kredite zur Finanzierung eingeplant werden, die u.a. in die Gebührenhaushalte einfließen.

Als Beispiel nenne ich hier die Kanalerneuerung Rochusstr. mit 460.000 Euro.

Die teil- und nicht rentierlichen Investitionsmaßnahmen sind in der Dringlichkeitsliste im Bereich B, Kategorie II –VI eingestuft.

Dies bedeutet, dass hier im Einzelfall die Genehmigung der Aufsichtsbehörde erforderlich ist. Hierzu gehören auch die Lehr- und Unterrichtsmittel für die Schulen.

Beispielhaft möchte ich hier nennen:

Einführung des IT-Konzeptes an den Schulen.

Dafür werden insgesamt 401.000 Euro bis 2014 davon 136.700 Euro im Jahre 2012 in Ansatz gebracht.

Beschaffung von MTWs für die Feuerwehr

120.000 Euro bis 2013 davon 80.000 Euro 2012

Fuhrpark Techn. Betrieb

436.000 Euro bis 2015 davon 60.000 Euro 2012

Diese Ausgaben werden u.a. durch die Schulpauschale, Feuerschutzpauschale, Sportpauschale, allg. Investitionspauschale und Veräußerungserlöse finanziert.

Wir werden diesen Maßnahmen, wie von der Verwaltung vorgeschlagen, zustimmen.

Zum Schluss möchte ich traditionsgemäß noch einige positive Ereignisse des vergangenen Jahres ansprechen und hervorheben.

Die 1. Erweiterung der Schokoladenfabrik ist bald fertiggestellt, eine weitere ist in der Planung.

Schnelles DSL in Boscheln wird am 1. März in Betrieb genommen.

Ausbau der Neubaugebiete St. Rochus in Boscheln und Kirchfeld II in Scherpenseel wurden in Angriff genommen.

Einweihung der WSV-Schwimmsportschule nach Ausbau.

Erweiterung der Kita in Boscheln.

Einweihung des renovierten Wandaltares im Schloss Zweibrüggen.

Erster Familientag der Stadt Übach-Palenberg im Wurmtal.

Einweihung Feuerwehrgerätehaus in Scherpenseel.

Verleihung des 1. Städt. Kulturpreises an Prof. Bohrer.

Sie sehen, es gibt trotz der finanziellen Notlage auch einige erfreuliche Dinge.

Meine Damen und Herren,
die CDU-Fraktion stimmt dem Haushalt 2012 zu!
Ich bedanke mich für Ihre Aufmerksamkeit."

Stadtverordneter **Weißborn** führte aus:

„Sehr geehrte Bürgerinnen und Bürger von Übach-Palenberg,
sehr geehrter Herr Bürgermeister,

meine Damen und Herren!

Der vor uns liegende Haushaltsentwurf und wohl auch die Debatten der nächsten fünf Jahre werden wahrscheinlich geprägt von einem Gesetz, das im letzten Dezember vom Landtag NRW beschlossen wurde. Dieses Gesetz trägt den schönen Namen "Gesetz zur Unterstützung der kommunalen Haushaltskonsolidierung im Rahmen des Stärkungspaktes Stadtfinanzen." Ziel dieses Stärkungspaktgesetzes ist es, den Gemeinden in den Jahren 2011-2020, die in einer besonders schwierigen Haushaltssituation stecken, finanziell zu helfen. Übach-Palenberg gehört zu den Gemeinden, die in Stufe eins dieses Gesetzes eingestuft sind und somit zur Teilnahme verpflichtet sind. Das heißt, meine Damen und Herren, ob wir wollen oder nicht, wir müssen das Geld des Landes annehmen. Jeder Außenstehende wird jetzt denken: Ja wie, wir müssen Geld annehmen? Darüber sollten wir uns doch freuen! Richtig sage ich, darüber sollten wir uns wirklich freuen. Freuen sollten wir uns schon deshalb, weil dies die einzige Möglichkeit für Übach-Palenberg ist, ihren Haushalt mittelfristig wieder auszugleichen. An dieses Geschenk, für Übach-Palenberg bedeutet es rund 2 Mio. €, sind allerdings auch Bedingungen geknüpft, wie könnte es auch anders sein. Im Gegenzug zu dieser Sanierungshilfe werden die Kommunen zu einem eisernen Sparkurs verpflichtet.

Die Empfängergemeinden müssen mit Unterstützung aus dem Stärkungspakt innerhalb von fünf Jahren den Haushaltsausgleich erreichen. Dass dies nicht einfach sein wird, meine Damen und Herren, darüber sind wir uns wohl alle im Klaren. Aber im Vergleich zu dem, was CDU und FDP als Vorgängerregierung im Land NRW veranstaltet hat, werden jetzt endlich Möglichkeiten aufgezeigt, wie die Kommunen aus dieser Haushaltsmisere wieder herauskommen können.

In NRW hat seit der letzten Landtagswahl ein klarer Paradigmenwechsel für die Finanzkraft der Kommunen stattgefunden. Nachdem CDU und FDP beispielhaft noch die Beteiligung der Kommunen an der Grunderwerbsteuer abgeschafft hatte, wurde sie von rot-grün wieder eingeführt. Auch das GFG 2010 wurde um 3 Mio. € aufgestockt und dies hat sich in den Folgejahren so fortgesetzt. Hinzu kommt, dass der § 76 der Gemeindeordnung geändert wurde, wonach Haushaltssicherungskonzepte nun auch genehmigungsfähig sind, wenn ein Ausgleich erst nach 10 Jahren erreicht wird.

Das Land hat also viel getan um die finanzielle Leistungsfähigkeit der Kommunen wiederherzustellen. Insgesamt hat das Land seit 2010 rund 1 Mrd. € für die Kommunen bewegt. Nun ist der Bund an der Reihe die Kommunen, insbesondere bei den Soziallasten, stärker zu unterstützen. Dann und nur dann sehe ich eine realistische Möglichkeit dass auch wir in Übach-Palenberg einen Haushaltsausgleich wieder erreichen können.

Ein Kernpunkt dieses Stärkungspaktgesetzes ist ein von vom Rat zu beschließender Haushaltssanierungsplan. Dieser Haushaltssanierungsplan ist der Bezirksregierung bis zum 30. Juni 2012 zur Genehmigung vorzulegen. Da ich davon ausgehe, dass dieser Sanierungsplan auch in enger Abstimmung mit der Kommunalaufsicht und dem Rat erarbeitet werden wird, haben wir nicht bis zum 30. Juni Zeit diesen zu erarbeiten, sondern Herr Bürgermeister, dieser Sanierungsplan müsste eigentlich bereits heute, beziehungsweise sehr zeitnah gemeinsam mit den politischen Gremien vorbereitet werden. Machen Sie nicht den Fehler und stellen die-

sen im stillen Kämmerlein auf und erwarten dann vom Rat, dass er ihn einfach abnickt. Beteiligen sie die Verantwortlichen rechtzeitig, dann sind die Chancen auf einvernehmliche Beschlüsse wesentlich größer.

Bei all den tiefen Einschnitten die bereits passiert sind und die in Zukunft noch passieren werden, gilt es aber auch den Menschen in unserer Stadt die Wahrheit zu sagen. Es darf nicht sein, dass wir die Situation verharmlosen, so wie Sie, Herr Bürgermeister, es beim Neujahrsempfang der Stadt in einer Art und Weise getan haben, die ich persönlich als höchst unseriös bezeichnet würde. Sie haben die Bürger bei ihrer Neujahrsansprache gefragt und ich zitiere jetzt wörtlich:

"Was hat sich für Sie in 2011 geändert? Was mussten wir Ihnen für Lasten aufbürden? Erhöhung der Schwimmbadeintritte, einmaliger Jahres-Kostenbeitrag zur Bücherei. Wenn das das Ende der Fahnenstange ist!?"

Ihnen Herr Bürgermeister muss wohl entgangen sein, dass es neben diesen beiden Dingen eine drastische Erhöhung der Verwaltungsgebühren gegeben hat, eine Erhöhung der Grundsteuer und eine Erhöhung der Gewerbesteuer. Von den anderen Lasten, die darin bestehen, dass sich Übach-Palenberg seit 2009 kein bisschen weiter entwickelt hat, will ich an dieser Stelle gar nicht reden. Wir können die Menschen nur mitnehmen, wenn wir ihnen auch die volle Wahrheit sagen. Verharmlosungen helfen da nicht weiter.

Da Sie, Herr Bürgermeister, es ja immer wieder ansprechen, will ich es auch an dieser Stelle nochmal aufgreifen. Sie verharmlosen immer die Erhöhung der Eintrittsgelder beim Schwimmbad. Ich sage es ihnen heute noch mal ganz deutlich: Diese Erhöhung hat nicht zu einer Verbesserung der Einnahmen beigetragen, sondern genau das Gegenteil ist eingetreten. Schwindende Besucherzahlen haben die Einnahmeseite sogar verschlechtert. Vor dieser Milchmädchenrechnung haben wir Sie allerdings bereits vor der von ihnen beschlossenen Erhöhung gewarnt.

Was uns, Herr Bürgermeister, aber angesichts eines von der Bezirksregierung zu genehmigenden Haushaltsanierungsplanes wirklich Sorgen macht, ist Ihr schlechtes Verhältnis zur Bezirksregierung. Sie haben es geschafft, innerhalb kürzester Zeit ein ehemals gutes Verhältnis deutlich zu verschlechtern. Herr Bürgermeister, man muss sich doch nicht wundern, wenn Sie einer übergeordneten Behörde immer wieder Engstirnigkeit, einseitige tendenzielle Auslegungen und fehlende Neutralität vorwerfen, dass dann ein gutes Klima der Zusammenarbeit, jetzt drücke ich mich mal vorsichtig aus, gefährdet ist. Wenn Sie persönlich oder auch Ihr Dezerent Herr Gatzen mit der Bezirksregierung nicht zurechtkommen, dann könnte mir das eigentlich vollkommen egal sein. Wenn aber wie in unserem Fall, die Stadt darunter leidet, dann ist mir das überhaupt nicht mehr egal und für mich auch ein Grund Ihr Verhalten massiv zu kritisieren.

Sehen Sie endlich zu, dass dieses Verhältnis wieder in Ordnung kommt. Schließlich sind wir auf das Wohlwollen und auf eine gute Zusammenarbeit mit der Bezirksregierung angewiesen. Lassen Sie sich gesagt sein, dass die Bezirksregierung nicht kommunalfeindlich ist, genau das Gegenteil ist der Fall.

In dem vor uns liegenden Haushalt finden wir keine großen Überraschungen. Erfreulich ist, dass die Ansätze für die Schulen sich auf dem Niveau der Vorjahre befinden. Dies, Herr Bürgermeister, verstehen Sie aber bitte nicht falsch, dies ist nicht Ihr Verdienst, sondern das Verdienst der Schulen und der Eltern, die sich zu

Recht vehement gegen eine Kürzung der Ansätze gewehrt haben.

Bedauerlich ist, dass es noch keinen Ansatz für die von SPD und Bündnis 90/die Grünen beantragte elektronische Ratsarbeit gibt. Ich führe das darauf zurück, dass noch keine Zustimmung seitens der Kommunalaufsicht vorliegt. Diese Maßnahme würde, wie die Verwaltung uns ja vorgerechnet hat, zu einer Kostenreduzierung führen. Nachdem wir alle erlebt haben, dass die Kommunalaufsicht eine eigene Realisierung von Fotovoltaikanlagen auf unseren Dächern nicht zugestimmt hat, obwohl sie wirtschaftlicher gewesen wäre, als eine eigene Realisierung, hält sich mein Optimismus auf Zustimmung durch die Kommunalaufsicht in Grenzen. Das ändert aber nichts daran dass auch sie von CDU und UWG nichts anderes wollten als die einfache Variante, nämlich die Verpachtung der Dächer.

Werfen Sie gemeinsam mit mir doch mal einen Blick auf die Kosten für ehrenamtliche Tätigkeiten. Dabei geht es um die Aufwandsentschädigungen der Ratsmitglieder und der sachkundigen Bürger. Diese Kosten sind seit der Kommunalwahl 2009 drastisch, um rund 17 % gestiegen. Diese Kostensteigerung war absolut überflüssig und hat die Arbeit in Rat und Verwaltung darüber hinaus deutlich erschwert. Wären sie unseren Vorstellungen gefolgt, die Anzahl der Ausschüsse so zu belassen wie sie vor der Kommunalwahl war und hätten sie ihre Eskapaden mit dem dritten stellvertretenden Bürgermeister nicht durchgeführt und hätten sie die Zahl der sachkundige Bürger nicht auf ein inflationär Maß hochgeschraubt, wären wir heute noch bei den selben Ausgaben wie 2009. Diese Kostensteigerung geht allein auf ihre Kappe ohne dadurch auch nur den geringsten Mehrwert zu erzielen. In dieser Kostensteigerung sind die Mehrkosten innerhalb der Verwaltung noch gar nicht eingerechnet.

Eine weitere Kostensteigerung geht auf die Kappe der Verwaltung. Ich meine damit die Kostensteigerung für den Ausbau des Waubacher Weges. Diese relativ einfache und schlichte Baumaßnahme, bei der es sich lediglich um eine Stichstraße handelt ist jetzt schon um rund 30.000 € teurer geworden als ursprünglich veranschlagt. Das ist die erste Maßnahme, an die ich mich erinnere, die die Stadt nach langer Zeit mal wieder in Eigenregie durchgeführt hat. Und genau diese erfährt prompt diese Kostensteigerung. Herr Bürgermeister, darf ich Sie daran erinnern, dass Sie selber immer von unserer Geldknappheit sprechen? Ist es nicht gerade in solchen Zeiten besonders wichtig, sorgfältig zu planen? Wenn ich dann noch daran denke, dass ich von fast jedem einzelnen Grundstückseigentümer, der dort ein Grundstück erworben hat, angesprochen wurde, weil es irgendwelche Probleme mit der Verwaltung und mit Abrechnungen gegeben habe, dann kann ich nur mit dem Kopf schütteln. Eine so simple Tiefbaumaßnahme hätte doch nun wirklich ohne Komplikationen von statten gehen müssen, aber weit gefehlt.

Ich will auf einen Punkt zu sprechen kommen, der mir nun wirklich äußerst negativ aufgefallen ist. Ich rede von der Einwohnerversammlung zur Änderung des Bebauungsplanes in Marienberg. Inhaltlich will ich dazu zunächst einmal gar nichts sagen, weil wir dies in unserer Fraktion noch nicht abschließend beraten haben. Ich kann mir allerdings nicht verkneifen meine Meinung zum Ablauf dieser Veranstaltungen zu äußern. Es begann bereits mit der Eröffnung, in der Sie, Herr Bürgermeister, die Sachlage ziemlich einseitig dargestellt haben. Besonders amüsant fand ich aber die schauspielerische Glanzleistung des Dezernenten Gatzert, der davon erzählt hat, wie er sich doch ehemals die Nase an den Schaufenstern in

Marienberg platt gedrückt hat. Diese Vorstellung sollte suggerieren, dass, wenn die vorgeschlagene Änderung des Bebauungsplanes nicht vollständig so umgesetzt würde, die Nahversorgung in Marienberg zukünftig zusammenbrechen würde. Das, Herr Gatz, war inhaltlich voll daneben, es war unsachlich und entsprach im Übrigen auch nicht der Wahrheit. Selbst wenn es keine Erweiterung um 200 m² geben würde, wird sich die Nahversorgung in Marienberg durch das Nahversorgungszentrum noch einmal deutlich verbessern. Was nun Ihre Rolle in dieser Versammlung angeht, Herr Bürgermeister, so hätte ich von Ihnen erwartet, dass sie diese Einwohnerversammlung mit der gebotenen Neutralität eines Bürgermeisters geleitet hätten. Nun bin ich ja weit davon entfernt die UWG in Übach-Palenberg unter Naturschutz stellen zu wollen. Aber ganz unabhängig von der Mitgliedschaft in irgendeiner Partei ist es doch Ihre Aufgabe dafür zu sorgen, dass niemand, auch wenn er Mitglied der UWG ist, bei einer solchen Versammlung ausgebuht und daran gehindert wird, in Ruhe auszusprechen. So etwas, Herr Bürgermeister, hätte es früher nie gegeben. In der Vergangenheit haben alle Bürgermeister, insbesondere bei Einwohnerversammlungen, ihre Neutralität gewahrt.

Sie sollten mal ernsthaft darüber nachdenken, ob es nicht angemessen wäre, Ihr CDU-Emblem, das sie immer an Ihrem Jackett tragen, zumindest wenn Sie in Ihrer Funktion als Bürgermeister auftreten, mal abzulegen. Ich darf Sie daran erinnern, dass es Ihre Worte waren, als sie von einem "Bürgermeister für alle" sprachen. Von einem Bürgermeister für CDU-Interessen war damals keine Rede. Auch die Flugblätter die vor der Veranstaltung verteilt wurden, waren mehr als grenzwertig und ich frage mich auch, welchen Anteil Sie daran hatten. Hier wurde sehr einseitig Stimmung gemacht, obwohl es sich eigentlich um eine sachlich orientierte Einwohnerversammlung handeln sollte. Auch die Vorsitzende des CDU-Ortsvereins Marienberg, Ihre Frau Gabi, Herr Bürgermeister, hat bei diesem Spiel mitgemacht. Bei dieser Gelegenheit stelle ich mir gerade vor, wie die CDU-Politik in Übach-Palenberg, mit Ihrer Position als Bürgermeister vermischt, womöglich am Frühstückstisch und im engsten Familienkreis zwischen Ihnen, ihrer Frau und vielleicht auch noch mit Ihrem Schwager ausgetüftelt wird. Dabei stellt sich mir nur die Frage, welche Rolle Sie, Herr Gudduschat, als Fraktionsvorsitzender oder Sie, Herr Walther, als Stadtverbandsvorsitzender dabei überhaupt noch spielen?

Wenn ich mir die Positionen von CDU und UWG zu Änderung des Bebauungsplanes in Marienberg betrachte, die unterschiedlicher nicht sein könnten, wenn ich dann noch sehe, dass eine Öffnung der Aachener Straße vom Tisch ist und damit die einzige Aussage in ihrem Koalitionsvertrag nichts mehr wert ist und alle weiteren Disharmonien in den letzten drei Jahren zwischen ihnen aufaddiere, dann kann ich eigentlich nur feststellen, dass jede Geschäftsgrundlage für Ihre Koalition entfallen ist.

Ich will dies aber gar nicht mit Häme feststellen, sondern versuche einfach mal die positiven Dinge daraus zu ziehen. Positiv wäre nämlich, dass es dadurch hier im Rat wieder zu einer vernünftigen Diskussionskultur führen würde, in der man sich sachlich und inhaltlich auseinandersetzen kann. Vielleicht handeln sie dann zukünftig auch nicht mehr nach dem Motto von Gerd Gudduschat "wir machen das jetzt, weil wir die Mehrheit haben", sondern wägen ihre Entscheidungen nach den Inhalten ab. Auch so abstruse Gedanken, wie die des Herrn Bürgermeisters, dass die Opposition doch bitteschön die Stadt nicht schlecht reden und mit ihrer Meinung hinter dem Berg halten sollte, könnten dann der Vergangenheit angehören.

Ich habe es Ihnen schon einmal gesagt und wiederhole mich an dieser Stelle: Wir lassen uns den Mund von Ihnen nicht verbieten, Herr Bürgermeister. Und um es mal mit Churchill zu sagen: "Demokratie ist die Notwendigkeit, sich gelegentlich den Ansichten anderer Leute zu beugen."

Der ein oder andere wird jetzt, kurz vor Ende meiner Rede, vielleicht denken: Na ja, ein bisschen Lob hätten wir ja schon verdient. Glauben Sie mir eines, meine Damen und Herren, ich habe intensiv darüber nachgedacht an welcher Stelle ich dem Bürgermeister und seiner CDU ein Lob aussprechen könnte. Außer ein Lob für den Kämmerer und seinen Mitarbeitern, bei denen ich mich für die vorgelegte Arbeit bedanken möchte, ist mir dazu aber nur ganz wenig eingefallen. Vielleicht könnte ich Sie, Herr Bürgermeister dafür loben, dass sie Ihren Repräsentationsverpflichtungen sehr gewissenhaft nachkommen. Wenn ich das allerdings täte, dann müsste ich auch feststellen, dass vieles von dem auch in eigener Sache geschieht. Ihnen, Herr Bürgermeister, nimmt man wirklich ab, dass sie ihren Repräsentationsaufgaben gerne nachkommen. So gerne, dass man manchmal den Eindruck hat, ihre eigentliche Aufgabe innerhalb der Verwaltung könnte darunter leiden. Vor kurzem wurde ich danach gefragt wie denn der Stadtdirektor von Übach-Palenberg heiße. Nach meiner Erklärung, dass es diesen nicht mehr gibt, kam sofort die Frage auf, ob Sie, Herr Bürgermeister, nicht der idealtypische Bürgermeister vor Änderung der Kommunalverfassung gewesen wären. Die Vermarktung Ihrer Person scheint Ihnen so wichtig zu sein, dass sie jetzt sogar schon auf kommerziellen Werbeanzeigen mit Ihrem Konterfei vertreten sind.

Meine Damen und Herren,
solange für uns nicht klar ist, welchen Inhalt das vorzulegende Haushaltssanierungskonzept haben wird, werden wir dem Haushaltsentwurf 2012 nicht zustimmen. Damit wollen wir vermeiden, dass Ausgaben für bestimmte Bereiche beschlossen und verausgabt werden könnten, die vielleicht aufgrund eines Haushaltssanierungskonzeptes wieder infrage gestellt werden müssten. Lassen Sie uns gemeinsam daran arbeiten, Übach-Palenberg möglichst schadlos über die nächsten Jahre zu bringen.
Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.“

Stadtverordnete **Weinhold** führte aus:

"Sehr geehrter Herr Bürgermeister,
sehr geehrte Ratskolleginnen,
sehr verehrte Ratskollegen,
liebe Vertreter der Presse,
meine Damen und Herren.

Was haben Übach-Palenberg und Griechenland gemeinsam?

Sowohl Übach-Palenberg als auch Griechenland haben Jahrzehnte über ihre Verhältnisse gelebt und stecken nun in mitten einer Krise, die wir, was die Stadt Übach-Palenberg angeht, gemeinsam meistern müssen. Aus dem Griechischen übersetzt bedeutet Krise nämlich: Entscheidung.

Wir, das heißt die Koalition aus CDU, UWG und FDP, als Ratsmehrheit und jetzt politisch verantwortliche Abgeordnete, müssen nun für unsere Stadt Übach-Palenberg Entscheidungen treffen, Entscheidungen, die für die Bewohner unserer Stadt schmerzhaft sind und viele persönliche unangenehme Einschnitte zur Folge haben, wie z.B. höhere kommunale Steuern und Abgaben.

Ende 2011 ist deutlich geworden, dass unsere für die Stadt Ex-Verantwortlichen, am Rat vorbei, und wie beim Monopoly gespielt und gezockt haben. Und dies haben die damals Verantwortlichen am Rat vorbei auch noch als ein Geschäft der laufenden Verwaltung deklariert. Und alle Mitglieder im jetzigen Rat der Stadt Übach-Palenberg müssen die Suppe auslöffeln die ohne Sachverstand zubereitet wurde, ob sie uns schmeckt oder nicht!

So beträgt unsere Stadtverschuldung Anfang 2012 46 Millionen €, unter anderem deshalb, weil 45 Jahre lang Wohltaten und Prestigeobjekte über Kredite finanziert wurden. Die Folgekosten davon sind von allen Übach-Palenbergern zu schultern.

Schulden in Schwindel erregender Höhe wurden angehäuft!

Jahrzehnte lang hat die damalige verantwortliche Politik im Umgang mit öffentlichem Geld, also Geld unserer Bürger, dieses mit Füßen getreten!

Nun gehört ab 2012 Übach-Palenberg zu den 34 klammsten Kommunen in NRW und hängt am Fliegenfänger „Stärkungspaket Stadtfinanzierung.“

Bei unserem strukturellen Defizit von 7 Millionen € sind zugesicherte 2 Millionen aus diesem Paket sehr schön und hilfreich, aber nur ein Tropfen auf den heißen Stein. Uns werden dadurch jedoch Auflagen aufoktroiert, die voraussichtlich bis zur Aushebelung unserer kommunalen Selbstverwaltung führen.

Seit Wochen steht Übach-Palenberg im Fokus der Öffentlichkeit, leider nicht im positiven Sinne.

Zum einen durch die Wetten auf den Schweizer Franken im Verhältnis zum Euro, den sogenannten Swap Geschäften, abgeschlossen mit der West LB. Zum jetzigen Zeitpunkt muss Übach-Palenberg für diese extrem mit Risiko behafteten Geschäfte vierteljährlich 400 000 € an zusätzlichen Zinsen zahlen und das möglicher weise bis 2018. Es bleibt unserer Stadtverwaltung deshalb nicht erspart, die Verursacher dieses Desaster auf dem Rechtsweg zu ermitteln. Es muss juristisch geklärt werden, ob die West LB ausreichend auf die Risiken dieser Geschäfte hingewiesen hat und/oder die damals Verantwortlichen im Rathaus Ihre Kompetenzen überschritten haben. Dies sind wir als gewählte und vereidigte Volksvertreter von Übach-Palenberg der Stadt und seinen Bürgern nicht nur schuldig, sondern es ist auch meines Erachtens rechtlich notwendig, um die Verantwortlichen für diese „Zockerei“ eventuell in Regress zu nehmen!

Weiter stehen auch Rückforderungen von Fördergeldern im Raum. Ich rede von den öffentlichen Fördermitteln, gezahlt an die Stadt Übach-Palenberg, die jedoch zweckgebunden für den Ausbau der Waschkaue weitergeleitet wurden an die Arbeiterwohlfahrt, die uns das Projekt Waschkaue unvollendet und zum wirtschaftlichen Schaden unserer Stadt zurückgeben will. Auch in

diesem Fall scheint der UWG eine gerichtliche Auseinandersetzung mit der Bezirksregierung unumgänglich.

Und dann noch das leidige Thema Klangbrücke. Auch da steht noch eine Klärung der Haftung durch das Gericht aus. Wen trifft die Schuld an den unsachgemäßen Arbeiten dieser Klangbrücke? Hierbei droht unserer Stadt ebenfalls eine Rückforderung von Fördergeldern.

Was müssen wir nun tun?

Die Koalition aus CDU, UWG und FDP wird einen harten unpopulären Sparkurs fahren, um dadurch den bis 2020 geforderten Haushaltsausgleich zu erlangen. Viele Sparmaßnahmen werden notwendig sein. Es werden davon nicht nur Schließungen von lieb gewonnenen Einrichtungen notwendig, sondern auch weitere Sparmaßnahmen in der Verwaltung.

Was hat die Koalition nun bereits in den letzten beiden Jahren erreicht?

1. Die Verwaltung wurde umstrukturiert, d. h. verschlankt. Das Dezernat des technischen Beigeordneten aufgelöst, seine Personalkosten eingespart, und die vorhandenen Aufgaben aus diesem Ressort auf langfristig beschäftigte, fähige Verwaltungsmitarbeiter übertragen.
2. Die Personalkosten sanken dadurch im ersten Jahr unserer politischen Verantwortung um 240 000 € und im zweiten Jahr um weitere 260 000 €, also innerhalb von 2 Jahren um die stolze Summe von 500 000 €.
3. Der Schuldenberg der Stadt Übach-Palenberg fiel durch unsere Maßnahmen unter die 50 Millionen € Grenze.
4. Der städtische Bauhof wurde im Rahmen des Gebäudemanagements umstrukturiert, d.h. Prozessabläufe wurden optimiert.
5. Die Schulgebäudesanierung hat weitere, sehr erfolgreiche Fortschritte gemacht.
6. Es wurde ein Investor gefunden, der Dachflächen von städtischen Gebäuden gemietet hat, auf denen Photovoltaikanlagen in diesem Jahr installiert werden.
7. Auf einen UWG Antrag hin wurde es den Bürgern von Übach-Palenberg ermöglicht, Vorschläge zur Haushaltskonsolidierung zu machen. Auch wenn diese Maßnahme noch nicht die erhoffte Resonanz gefunden hat, ist die UWG dennoch der festen Überzeugung, dass wir den richtigen Weg eingeschlagen haben und die Bürgerbeteiligung weiter forcieren sollten.
8. Sponsoring zur Gestaltung und Pflege von Kreisverkehren im Stadtgebiet, auch ein UWG Antrag, der umgesetzt und ausgeführt wurde. Die Ergebnisse sind für jedermann sichtbar.
9. Im Gewerbegebiet Holthausen siedelten sich Firmen neu an, bzw. vorhan-

dene Betriebe erweiterten. Dadurch entstanden und entstehen weiter neue Arbeitsplätze.

10. Und last but not least, es wurde das politische Tagesgeschäft transparenter, viele Entscheidungen werden nun und in Zukunft nicht mehr als Geschäft der laufenden Verwaltung unter der Decke gehalten.

Abschließend frage ich in dieser Runde, welche Möglichkeiten gibt es in der Zukunft, damit uns die Aufsichtsbehörde nicht über Jahre hinweg politisch entmündigt?

Die UWG steht dafür:

Das der Schuldenstand ständig reduziert wird, was heißt, das städtische Maßnahmen verschoben, abgespeckt oder sogar ganz gestrichen werden müssen!

Es müssen weitere Investoren für unsere städtischen Grundstücksflächen, wie z. B. für die 80 000 qm im Gewerbegebiet Weißenhaus, intensiv gesucht und angesiedelt werden! Unternehmen, die sich in der Stadt Übach-Palenberg neu ansiedeln bringen zusätzliche Arbeitsplätze, zusätzliche Kaufkraft und letztendlich auch zusätzliche Gewerbesteuer.

Investoren müssen für städtische Immobilien, die verkauft werden sobald die Förderzeiträume beendet sind, bei Zeiten gesucht und gefunden werden! Zur eventuellen Vermarktung unserer Waschkaue benötigen wir die Unterstützung von überregional tätigem, professionellem Real Estate!

Ein alternatives Betreibermodell, das den zukünftigen Zuschussbedarf für unser Hallen-/Freibad drastisch reduziert, wobei Schul- und Vereinsschwimmen gewährleistet bleiben sollen, muss entwickelt und umgesetzt werden!

1,5 Millionen € jährliche Bezuschussung für unser Ü-Bad, das sind 4.110 € pro Tag, sind für Übach-Palenberg auf Dauer nicht zu schultern.

Die UWG stimmt dem vorliegenden Haushaltsentwurf 2012, der ja auch ihre unverkennbare Handschrift mitträgt, zu.

Übach-Palenberg, unsere Heimatstadt, hat es verdient, dass wir gemeinsam, über politische Grenzen und Meinungsunterschiede hinweg, an einem Strang ziehen, aber alle nur an derselben Seite! Also Ärmel hochkrempeln und anpacken!

Danke für Ihre Aufmerksamkeit!"

Stadtverordneter **Rißmayer** führte aus:

„Sehr geehrter Herr Bürgermeister,
Sehr geehrte Damen und Herren,

in der Vergangenheit haben wir die Frage gestellt: „Warum reden wir hier heute über einen Haushalt, der eh nicht genehmigt werden kann?“. Die Antwort war, dass wir einen politisch gewollten Rahmen im Sinne einer Willenserklärung

abgeben. Jetzt mag man unterschiedlicher Meinung darüber sein, ob eine Haushaltsdebatte vor diesem Hintergrund eher einem Schildbürgerstreich gleicht oder trotzdem berechtigt ist. Aber in diesem Jahr wird die Debatte noch verschärft, weil uns das Land NRW zwar durch ein Konsolidierungspaket in den kommenden Jahren unterstützt, diese Hilfe aber auch einer weiteren konzeptionelle Vorlage bedarf, aus der ersichtlich wird, wie die Stadt Übach-Palenberg ihren Haushalt bis zum Jahr 2020 ohne Hilfe ausgleichen will.

Diese zwingende Regelung möchte ich auch an den Anfang und den Fokus der grünen Position stellen.

Im §1 des Stärkungspaktgesetz wird das Ziel beschrieben: „Das Land stellt in den Jahren 2011 bis 2020 Gemeinden in einer besonders schwierigen Haushaltssituation Konsolidierungshilfen zur Verfügung. Die Kommunen beteiligen sich an der Finanzierung der Konsolidierungshilfen. Ziel ist es, den Gemeinden in einer besonders schwierigen Haushaltssituation den nachhaltigen Haushaltsausgleich zu ermöglichen.“ In Übach-Palenberg bedeutet dies eine Zuwendung von mehr als 2 Millionen Euro alleine in diesem Jahr, die auch in der Einnahmeseite veranschlagt sind. Im Gegenzug zu dieser Sanierungshilfe des Landes muss die Empfängergemeinde einen klaren Sparkurs einschlagen. Der kommunale Haushalt muss mit dem Geld aus dem Stärkungspakt innerhalb von fünf Jahren ausgeglichen sein. Bis spätestens zum Jahr 2020 muss ein Haushaltsausgleich dann aus eigener Kraft erreicht werden.

§6 des Gesetzes sieht vor: „Die pflichtig teilnehmenden Gemeinden müssen der Bezirksregierung bis zum 30. Juni 2012 einen vom Rat beschlossenen Haushaltssanierungsplan vorlegen.“ Und hier sehen wir den Bedarf den Haushalt als politisches Steuerinstrument nur in Verbindung mit diesem Sanierungsplan zu verabschieden. Wir halten es für wichtig und richtig den Sanierungsplan und den Haushalt gemeinsam zu beraten, zu bewerten und zu verabschieden. Es macht ja nun keinen Sinn heute Maßnahmen zu bewerten und Prioritäten zu verabschieden, wenn wir uns bis Mitte des Jahres mit entscheidenden wichtigen Konsolidierungsmaßnahmen auseinandersetzen müssen, die dann dazu führen können, diese Prioritäten evtl. komplett neu zu bewerten. Deswegen werden wir hier und heute dem Haushalt nicht zustimmen, sondern empfehlen den Haushaltsplan nur in Kombination mit dem Sanierungsplan im Juni zu verabschieden.

Ob sie nun der selben Auffassung sind, oder heute entscheiden, - ich möchte an dieser Stelle die regierenden Fraktionen und Parteien bitten, die Zeit bis Juni zu nutzen, um auch die Opposition einzuladen, gemeinsam mit Verwaltung, GPA und anderen den Sanierungsplan zu gestalten - weil ich der Überzeugung bin, dass wir ein strukturelles Defizit von etwa 7,5Mio Euro nur gemeinsam – ohne politischen Grabenkämpfe – in den Griff bekommen können. Auch wenn sich dies ähnlich anhört, wie von ihnen Herr Bürgermeister bei der Haushaltseinbringung angesprochen, will ich aber auch einen Unterschied benennen. Ich finde es sehr ärgerlich, wenn sie dies schon damit untergraben, indem sie uns vorwerfen, dass wir das Schwimmbad aus rein populistischen Gründen schlecht reden – dabei haben wir nur die Frage aufgeworfen, ob eine Erhöhung der Eintrittspreise wirklich das Defizit verringert oder zu einer möglichen Abwanderung in günstigere Bäder in den Nachbarkommunen führt (vgl. Protokoll). Dies war aus

unserer Sicht eine berechtigte Frage, die wir inhaltlich hätten diskutieren sollen. Aber wenn solche Fragen von Ihnen in der Öffentlichkeit als populistisches Schlechtreden dargestellt werden, ist dies kein besonderer Anreiz eine Einladung zum konstruktiven Dialog anzunehmen.

Auch wenn wir heute für eine Vertagung plädieren, so sollte doch auch die Zeit sein, einige Gedanken zum Haushaltsentwurf anzusprechen, auch wenn wir – wie bereits ausgeführt - in den einzelnen Entscheidungspunkten heute weder zustimmen noch ablehnen können. Erlauben sie mir einen kurzen Blick über den Tellerrand – in NRW konnten im Jahr 2010 lediglich 9 von über 350 Kommunen noch einen „echten“ Haushaltsausgleich erzielen. Wollen wir jetzt einmal annehmen, dass nicht alle Kommunalpolitiker – egal von welcher Partei – ausgemachte Verschwender sind, so zeigt sich deutlich, dass in den Kommunen ein Kampf gegen Windmühlen geführt wird. Meist schmerzhaft Maßnahmen wie Steuererhöhungen oder Kürzungen im Bereich Kultur und Vereinswesen verpuffen wie eine Strohfeuer, weil externe Ausgaben stiegen (ich erinnere an den Anstieg der Kreisumlage um 5 Mio. Euro von 2004 bis 2011) oder es brechen Einnahmen wegen globaler Finanzkrisen weg, die alle Einsparbemühungen einer Kommune als Lachnummer erscheinen lassen.

Ich habe keine Lust jedes Jahr hier die Forderungen der kommunalen Spitzenverbände an Bund und Land zu wiederholen, weil zumindest in Berlin diese ja kaum jemanden zu interessieren scheinen. Da ist auch die Übernahme der Grundsicherung nur ein längst überfälliger Tropfen. Im Land NRW und auch im Kreis Heinsberg scheinen die Uhren ja nun etwas anders zu ticken und man nimmt die kommunale Finanzsituation ernster als bisher. Dass der Stärkungspakt des Landes zwar richtig und gut ist, und auch die Rücklagenentnahme von 7,5 Mio. Euro beim Kreis Heinsberg zur Senkung der Kreisumlage ein richtiges Signal sind - sollte niemanden davon abhalten, weiterhin viele andere Mängel - vor allem bei den ständig steigenden Sozialleistungen – anzupacken. Lassen sie mich hier als Beispiel die Prognose der Grundsicherung im Alter ansprechen. Wenn hier nicht vernünftig geplant wird, rollt die nächste enorme Kostenwelle auf Kreise und Kommune zu und ob der Bund dann auch diese Lasten in voller Höhe übernimmt bleibt abzuwarten. An dieser Stelle mein Dank an Herrn Beeck, der nicht nur sehr engagiert diesen Entwurf erarbeitet hat, sondern bei seiner Einbringung des Haushalts auch die richtigen Forderungen an Land und Bund benannt hat.

Zum Abschluss möchte ich noch vier lokale Aspekte ansprechen:

Dass ein enormes Einsparpotential in der energetischen Versorgung unserer städtischen Gebäude liegt, müsste man eigentlich niemanden mehr erläutern. Hier hat der Bund im Rahmen der Klimaschutzinitiative den Kommunen ein richtiges Werkzeug an die Hand gegeben - Übernahme eines Großteils der Konzeptkosten, Personalkostenersatz und Investitionsmittel. Wir haben hier im Rat einstimmig die Verwaltung beauftragt sich in diesem Programm zu engagieren und stellen heute fest, dass die Chance vertan wurde und hier nicht nur die Fördergelder nicht genutzt wurden, sondern auch die Einsparungen im Bereich der Energieversorgung nicht erreicht werden, weil nun in Ubach-Palenberg öffentl. Gebäude ökologisch und ökonomisch nicht der Zukunft

angepasst werden. Wir hoffen, dass Sie, Herr Bürgermeister, diesen Vorgang im nächsten Rat wieder auf die Tagesordnung bringen.

Eine weitere verpasste Chance: Photovoltaikanlage in Eigenrealisation umzusetzen und den Gewinn nicht durch eine „billige“ Verpachtung erheblich zu schmälern. Auch wenn der Kreis hier der Eigenrealisierung durch die Stadt nicht zugestimmt hat, wurden die angeregten Alternativen (Umsetzung durch die CMC GmbH oder den Kreis Heinsberg) nicht einmal geprüft, so dass wir heute a) keine Anlagen auf unseren Dächern haben und b) bei der Vermietung noch zu unseren Ungunsten nachverhandelt wird und folglich diese Einnahme noch unsicher ist. In einer Mitteilung wurde uns dann zu unserem massiven Ärger mitgeteilt, dass wir zusätzlich die Dachfläche des Übads abgeben und so 20 Jahre die Möglichkeit verspielen, die Energiekosten dort durch Solarthermie zu reduzieren.

Nach der Kommunalwahl 2004 beschlossen wir aus Kostengründen eine Reduzierung des Rates und -kombiniert mit weiteren Einsparungen- konnten die Kosten für die Ratsarbeit bis zum Jahr 2009 um 22.000,- € gesenkt werden. Nach der letzten Kommunalwahl sind diese Kosten innerhalb von 3 Jahren nun wieder um 30.000,- € gestiegen. Die Ratsarbeit ist heute so teuer wie noch nie! Ich denke, dass sparen anders geht und wir hier dringend umsteuern müssen. Zumal der Grundgedanke: mehr Bürgerkompetenz einzubinden und weniger Gutachten zu bezahlen nicht eingehalten werden konnte. Im Jahr 2010 vergab der Rat (zugegeben: auch mit unserer Unterstützung) eine Studie "Demografischer Wandel in ÜP" für 30.000 Euro. Jetzt wissen wir für viel Geld, dass wir alle älter werden und es in Zukunft weniger Kinder in unserer Stadt gibt. In einem weiteren teuren Gutachten können wir nachlesen, wie viele Hotelzimmer es in Übach-Palenberg gibt.

Zum Abschluss noch eine Anregung:

Auf Kreisebene wird von FDP und GRÜNEN ein Antrag eingebracht die interkommunale Zusammenarbeit im Kreis weiter auszubauen. Wir sind der festen Überzeugung, dass wir hier noch ein hohes Potential vorfinden, wenn wir die bereits begonnenen Kooperation (nicht nur im Kreis – sondern auch mit anderen Nachbarkommunen) ausbauen und so Kosten einsparen können. Auch würde ich mich sehr freuen, wenn die elektronische Ratsarbeit nun sehr zügig umgesetzt wird und wir auch hier Kosten einsparen können. Auch der Fuhrpark der Stadt sollte uns in den kommenden Monaten beschäftigen, weil hier bei steigenden Benzin- und Dieselpreisen ökologisch und ökonomisch sinnvolle Alternativen helfen können, die Fixkosten zu senken.

Herzlichen Dank für ihre Aufmerksamkeit.“

Stadtverordneter **Wolfgang Gudduschat** führte aus:

"Sehr geehrter Herr Bürgermeister,
sehr geehrte Damen und Herren,

"Haushalte werden in guten Jahren ruiniert"

Nachdem Sie von meinen sehr verehrten Vorrednern schon fast vollumfänglich über die Meinung der Fraktionen zum Haushaltsplan 2012 unterrichtet worden sind und ihre Kräfte so langsam schwinden, möchte ich nicht nach dem Grundsatz verfahren:

Es ist alles gesagt nur noch nicht von mir. Ich werde mich daher auf einige wenige Punkte beschränken.

Ich will Sie möglichst mit Zahlen verschonen und stattdessen Grundsätzliches ansprechen: Die Haushaltsentwicklung läuft auch in diesem Jahr auf ein sog. HSK (Haushaltssicherungskonzept) hinaus, da wir bis 2015 die Kriterien für den Anteil der Entnahmen aus der allgemeinen Rücklage nicht einhalten können.

Daraufhin legten Koalition und Opposition nach nervenaufreibenden Diskussionen in den Fraktionen erhebliche Sparvorschläge vor.

Die Möglichkeit einer Konsolidierungsmaßnahme, nämlich eine Erhöhung der städtischen Einnahmen. Wie die Gebühren der Bücherei, Eintrittsgelder Ü-Bad, Hundesteuer, Gewerbesteuer, Grundsteuer B und das erheblich einschneidende Sparen an investiven Maßnahmen.

Alles das macht uns Parteien bei den Bürgern nicht beliebter.

Klar in ohnehin schon leere Taschen unserer Einwohner will man nicht noch tiefer greifen (ca. 1900,-€ kommunale Schulden lasten jetzt schon auf jedem Einwohner).

So lässt sich für unsere Stadt ein Haushaltssicherungskonzept wiederum nicht abwenden.

Im Gegenteil, inzwischen steht mit hoher Wahrscheinlichkeit fest, dass wir in den sog. Nothaushalt kommen, also noch eine Stufe näher am Abgrund.

Wir verabschieden heute wahrscheinlich mehrheitlich einen Haushalt, der nicht genehmigungsfähig im Rahmen des HSK ist!

So ist es auch vielleicht unumgänglich, dass wir versuchen durch Erhöhung unseres Kassenkreditrahmens letztendlich die Schulden zu machen, die man uns im Nothaushalt wahrscheinlich nicht einmal mehr als Investitionskredit genehmigen würde.

Meine Damen und Herren, so wird es dazu kommen, dass andere über unser Sparen entscheiden werden und für uns die unangenehme Aufgabe übernehmen, Einschnitte umzusetzen.

Allerdings wie ich meine, für einen viel zu hohen Preis des Verlustes an selbstbestimmten Handlungsspielräumen, für den von allen Einwohnern gewählten Stadtrat und somit der vom Bürger gewollten Entscheidungsmöglichkeit.

Ein kurzes Wort noch zur Haushalts- und Finanzplanung 2012 bis 2015: Wir geben zu bedenken, dass Aufwendungen in Bildung doch für uns alle, oberste Priorität haben sollten.

Für uns stehen im Rahmen der Haushaltsplanung 2012 bis 2015 im Vordergrund die Sanierung des Gymnasiums und der weiteren Schulen, sowie die Schaffung weiterer Kinderhortplätze.

Aber unsere Aufgabe muss es nun sein, das wir alle damit beginnen den Bürger auch bei scheinbar unpopulären Entscheidungen mitzunehmen, das heißt auch Unpopuläres für unsere Bürger so transparent und verständlich zu machen, dass auch dort die Einsicht reifen kann.

Sparen bedeutet erst mal vielleicht sogar schmerzlichen Verzicht aber letztendlich auch einen Gewinn an Freiheit für jeden, unsere Stadt künftig wieder selber zu gestalten anstelle das den Aufsichtsorganen im Rahmen von Nothaushaltsführung zu überlassen.

Erdrückende Schuldenlast macht uns alle politisch unfrei und führt zu weitaus schlimmeren als Sparmaßnahmen.

Es hat auch wenig Sinn heute darum zu streiten, welche Partei uns denn in der Vergangenheit in die Schuldenfalle hat laufen lassen,

Lassen Sie uns ab heute gemeinsam nach vorne schauen und nicht den Kopf in den Sand stecken mit Argumenten wie:

„Wir können den Haushalt ohnehin nicht mehr sanieren, weil wir nur wenig des Gesamtvolumens variabel gestalten können, der Rest sind für uns unbeeinflussbare Umlagen, Abgaben und Gehälter.“

Oder:

„Wird nächstes Jahr schon besser werden, weil Bemessung von Schlüsselzuweisungen und Entwicklung der Gewerbesteuer günstig verlaufen“

Nein! - Wir müssen jetzt mittelfristig konsequent auch zu unbeliebten Konsolidierungsmaßnahmen kommen und zwar mit der Einsicht unserer Bürger der Stadt Übach-Palenberg. Hierfür zu werben mit Offenheit und Ehrlichkeit, parteiübergreifend und nicht in Wahlkampfstimmung, das ist einer unserer vordringlichen Aufgaben für eine bessere Zukunft unserer Stadt!

Ich meine, wir können jetzt dieses Jahr wohl nicht mehr anders handeln, deshalb werde ich für die FDP dem Haushaltsentwurf, wenn auch mit großen Bedenken, heute zustimmen.

Ich möchte mich bei allen in der Verwaltung, und besonders bei Herrn Beeck und dem Team der Kämmerei für die zuverlässige Arbeit und geduldige Informationsbereitschaft zu danken.

Immer öfter stellt man sich die Frage, wo wir noch sparen können. Dabei gibt es ein ganz einfaches Rezept.

Bei „Medikamenten“ heißt es:

Zu Risiken und Nebenwirkungen fragen Sie ihren Arzt oder Apotheker.

Bei „Stadtratsbeschlüssen“ empfehle ich Ihnen:

Zu Risiken und Nebenwirkungen fragen Sie ihren Kämmerer oder lesen

Sie die höchst interessanten Stellungnahmen der Stadtkämmerei.

Ich bin der Letzte in der langen Rednerliste. Ihre Aufnahmefähigkeit ist erschöpft. Ich möchte deshalb an dieser Stelle schließen und bedanke mich für Ihre Aufmerksamkeit."

Bürgermeister Jungnitsch erklärte, er wolle zu einigen gehörten Äußerungen Stellung nehmen. Natürlich werde man bei der Erstellung des Sanierungsplans den Rat einbinden. Allerdings habe es am 19.01.2012 zunächst eine Auftaktveranstaltung hierzu gegeben und am 06.02.2012 finde ein erstes Gespräch mit den Vertretern der GPA im Hause statt. Erst danach mache die Einbindung des Rates Sinn. Und dann hoffe er, wie es in den zuvor gehörten Reden bereits angeklungen sei, dass man hier an einem Strang ziehen werde.

Zu den von Stadtverordneten Weißborn angesprochenen repräsentativen Aufgaben des Bürgermeisters könne er nur sagen, dass er seinen Pflichten den Bürgern gegenüber gleichermaßen nachkomme wie seinen Pflichten innerhalb der Verwaltung. Wie dies funktioniere, könne er Stadtverordneten Weißborn bei Zeiten gerne einmal erklären.

In Bezug auf die Bezirksregierung könne er nur sagen, dass er heute noch mit der Regierungspräsidentin Gisela Walsken gesprochen habe. Diese habe versichert, dass ein schlechtes Verhältnis zwischen der Stadt Übach-Palenberg und der Bezirksregierung nicht bestehe. Auch der Staatssekretär Schäfer habe dies bei seinem Besuch bestätigt.

Und was den Vorwurf des "Familienklüngels" betreffe, könne er nur betonen, dass er sehr wohl wisse, die Dinge zu trennen und weise diesen Vorwurf deutlich zurück.

Und abschließend wolle er noch in Bezug auf die genannten Gutachten sagen, dass die Zahl der Gutachten seit seinem Amtsantritt erheblich gesunken sei, wenn auch hier noch weitere Verbesserungsmöglichkeiten bestehen.

Stadtverordnete **Weinhold** erklärte, Stadtverordneter Reißmayer habe in seiner Rede vorgeschlagen, den Erlass der Haushaltssatzung zu vertagen. Sie würde gerne wissen, wie sich ein solcher Vorschlag auswirken würde.

Kämmerer **Beeck** antwortete, mit dieser Möglichkeit habe auch er sich auseinandergesetzt. Allerdings sehe er in diesem Jahr kaum weitere Möglichkeiten der Konsolidierung, so dass er empfehle, heute über den Haushalt zu beschließen. Sollten sich aufgrund des zu erstellenden Sanierungsplanes im laufenden Haushaltsjahr doch noch Änderungen ergeben, könne man diese über einen Haushaltsnachtrag beschließen.

Was die Folgejahre betreffe, so halte er die aufgeführten Zahlen nicht für so maßgebend, da für ein so großes "Unternehmen" wie die Stadt eine Planung für die Folgejahre sehr schwierig sei. Seine Prognose sei es gewesen, dass der Haushalt 2012 für dieses Jahr die Grundlage bilde und ab 2013 der Sanierungsplan maßgebend sein werde.

Bürgermeister Jungnitsch ergänzte, er empfehle, den Haushalt heute zu verabschieden, da dieser der Handlungsrahmen für die Verwaltung sei.

Stadtverordneter **Reißmayer** entgegnete, dass dies genau die Frage sei: Ist es

notwendig, bereits jetzt einen Rahmen zu schaffen oder warte man besser bis Juli, wenn der Sanierungsplan feststehe? Er wolle verhindern, dass man sich an einen Rahmen binde ohne zu wissen, was der Stärkungspakt bringe.

Stadtverordneter **Weißborn** erklärte, mit dem gleichen Argument lehne auch er den Haushalt heute ab. Mit einer Vertagung wäre er einverstanden.

Stadtverordneter **Gudduschat** erklärte, die Ausführung des Kämmerers sei schlüssig. Man schaffe sich heute mit der Verabschiedung des Haushaltes einen Handlungsrahmen. Und bei Bedarf seien Änderungen durch einen Nachtrag möglich.

Kämmerer **Beeck** betonte, es gebe zwei Seiten wie man die Angelegenheit sehen könne. Aber er vertrete die Auffassung, dass es ohne einen Rahmen auch keine Begrenzung gebe. Dies sei auch die Überlegung innerhalb der Verwaltung gewesen als diskutiert worden sei, ob man mit der Verabschiedung des Haushaltes noch warten solle. Die Frage sei ja auch, wie die Umsetzung des Sanierungskonzeptes zeitlich gesehen tatsächlich erfolge.

Redaktioneller Hinweis: Die zu Beginn der Sitzung von Kämmerer Beeck verteilte Änderungsliste wurde vom Rat zur Kenntnis genommen und für die folgende Beschlussfassung zugrunde gelegt.

Beschluss:

Unter Berücksichtigung der modifizierten Änderungsliste (die Liste ist als Anlage der Niederschrift beigefügt) wird die Haushaltssatzung für das Haushaltsjahr 2012 wie folgt beschlossen:

Im Ergebnisplan mit	
- Gesamtbetrag der Erträge	52.459.994 €
- Gesamtbetrag der Aufwendungen	57.879.690 €
im Finanzplan mit	
- Gesamtbetrag der Einzahlungen aus lfd. Verwaltungstätigkeit	46.866.703 €
- Gesamtbetrag der Auszahlungen aus lfd. Verwaltungstätigkeit	49.019.770 €
- Gesamtbetrag der Einzahlungen aus der Investitionstätigkeit und der Finanzierungstätigkeit	2.417.161 €
- Gesamtbetrag der Auszahlungen aus der Investitionstätigkeit und der Finanzierungstätigkeit	3.189.056 €
Gesamtbetrag der Kredite	895.661 €
Gesamtbetrag der Verpflichtungsermächtigungen	100.000 €
Verringerung der allgemeine Rücklage	5.419.696 €
Höchstbetrag der Kredite zur Liquiditätssicherung	12.000.000 €

Ein Haushaltssicherungskonzept ist aufgestellt.

Steuersätze

Grundsteuer A	240 v.H.
Grundsteuer B	413 v.H.
Gewerbsteuer	411 v.H.

Abstimmungsergebnis:

17 Ja-Stimmen
12 Nein-Stimmen
3 Enthaltungen

12. Erweiterungen zur Tagesordnung

12.1 Antrag der SPD-Fraktion gem. § 5 GeschO vom 16.01.2012 betr. Aussetzen der Dichtheitsprüfungen

Schriftführerin **Schade** verlas den Antrag (der Antrag ist Bestandteil der Sitzungsunterlagen und in der Urschriftensammlung enthalten).

Bürgermeister Jungnitsch erklärte, er gehe davon aus, dass dieser Antrag der erste Ansatz zur aufgezeigten konstruktiven Zusammenarbeit sei. Allerdings bestehe das rechtliche Problem, dass die Satzung nicht ausgesetzt werden dürfe. Von daher sei der Antrag gut gemeint aber schlecht gemacht. Den Antrag finde er allerdings insofern gut, da das eigentliche Ansinnen doch sei, den Hauseigentümern, die bereits angeschrieben worden seien, zu sagen, sie sollen "die Füße still halten". Den weiteren Punkt des Antrages, nämlich den Rat zu informieren, wie viele Hauseigentümer die Dichtheitsprüfung bereits haben durchführen lassen und welche Kosten ihnen dadurch entstanden seien, halte er für schwierig, da die Prüfungen privat durchgeführt werden. Die Eigentümer müssten mitteilen, ob sie die Prüfung haben bereits durchführen lassen und welche Kosten ihnen hierdurch entstanden seien. Man habe sich damals darauf geeinigt, dass die Zertifikate bei den Eigentümern verbleiben. Ansonsten hätte man anhand der vorliegenden Zertifikate gewusst, wie viele Prüfungen schon erfolgt seien.

Dezernent **Gatzen** teilte mit, dass im sog. Weinberger Feld 500 Eigentümer bereits angeschrieben worden seien und zwar mit dem Angebot, die Prüfung über die von der Stadt beauftragte Firma durchführen zu lassen. 200 Grundstückseigentümer haben die Firma bereits beauftragt. Hinzu kommen etwa 50 Hauseigentümer, die sich privat zusammengeschlossen und einen anderen Unternehmer beauftragt haben.

Dezernent **Gatzen** verlas die Stellungnahme des Städte- und Gemeindebundes NRW zum Thema Dichtheitsprüfung (die Stellungnahme ist als Anlage der Niederschrift beigefügt).

Inzwischen haben 12 Grundstückseigentümer schriftlich erklärt, dass sie zurzeit die Dichtheitsprüfung nicht beauftragen wollen. Dies sei von der Stadt akzeptiert worden.

Stadtverordneter **Weißborn** entgegnete, der Entwurf für die Gesetzesänderung des Landeswassergesetzes sei bereits am 19. Dezember 2011 eingebracht worden. Beim Neujahrsempfang der SPD Übach-Palenberg habe Dezernent Gatzen gesagt, es seien für die Stadt bereits entsprechende Regelungen getroffen worden. Stadtverordneter Weißborn vertrete die Auffassung, dass bereits alle Hauseigentümer hätten angeschrieben werden müssen. Tatsächlich sei aber von Seiten der Verwaltung bisher nichts erfolgt.

Die von Dezernent Gatzen zitierte Stellungnahme des Städte- und Gemeindebundes liege ihm vor. Es sei klar, dass man die Satzung nicht komplett aussetzen könne, aber man könne die Satzung und die darin enthaltenen Fristen entsprechend ändern, insbesondere, da die Prüfungen erst bis 2015 erfolgt sein müssen. Die im Antrag geforderte Information des Rates, wie viele Hauseigentümer die Dichtheitsprüfung bereits haben durchführen lassen, könne man ganz leicht einholen und zwar indem man eine solche Abfrage mit dem erneuten Anschreiben der Eigentümer kombiniere.

Dezernent **Gatzen** erklärte, die Verwaltung habe bisher niemanden gezwungen, die Dichtheitsprüfung durchführen zu lassen. Und jedem, der bei der Verwaltung nachgefragt habe, habe man die Angelegenheit erklärt und empfohlen mit der Beauftragung für die Dichtheitsprüfung noch zu warten.

Stadtverordneter **Weißborn** entgegnete, dass so aber nur die Hauseigentümer informiert worden seien, die konkret bei der Verwaltung nachgefragt haben. Dies halte er für unfair. Er kritisiere, dass die Hauseigentümer nicht angeschrieben worden seien.

Stadtverordneter **Gudduschat** erklärte, dass, wenn das Aussetzen der Satzung rechtlich nicht möglich sei, er diesem Punkt des Antrages auch nicht zustimmen könne. Den übrigen Teil des Antrages, also das Anschreiben der Eigentümer, finde er gut.

Bürgermeister Jungnitsch wies darauf hin, dass in dem Anschreiben an die Hauseigentümer die Verwaltung nicht raten dürfe, die Prüfung nicht durchführen zu lassen, da die Pflicht zur Prüfung gesetzlich festgesetzt sei. Aber man könne die Eigentümer generell informieren.

Er wolle an dieser Stelle seinen Unmut äußern, in welche missliche Lage die Landesregierung die Kommunen gebracht habe. Zunächst habe man ein Gesetz erlassen, wonach die Kommunen handeln mussten und dies entsprechend auch getan haben und nun werde dieses Gesetz diskutiert. Die Situation sei mehr als unbefriedigend! Gefordert sei vom Gesetzgeber Verlässlichkeit!

Stadtverordneter **Rißmayer** erklärte, dem Grunde nach seien sich doch in der Angelegenheit alle einig. Deswegen schlage er vor, heute zu beschließen, alle Eigentümer erneut anzuschreiben, um über die derzeitige Situation zu informieren und die Satzung der Stadt Übach-Palenberg zur Abänderung der Fristen bei der Dichtheitsprüfung von privaten Abwasserleitungen auf die Tagesordnung der kommenden Sitzung des Haupt- und Finanzausschusses und des Rates setzen.

Stadtverordneter **Weißborn** erklärte, damit wäre dem Antrag der SPD-Fraktion Genüge getan.

Beschluss:

1. **Alle Hauseigentümer, die aufgrund der Satzung der Stadt Übach-Palenberg zur Abänderung der Fristen bei der Dichtheitsprüfung von privaten Abwasserleitungen von der Verwaltung bereits angeschrieben worden sind, werden erneut angeschrieben, um die derzeitige gesetzliche Unklarheit zu erläutern.**
2. **Die Satzung der Stadt Übach-Palenberg zur Abänderung der Fristen bei der Dichtheitsprüfung von privaten Abwasserleitungen wird auf die Tagesordnung der kommenden Sitzung des Haupt- und Finanzausschusses und des Rates gesetzt.**

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig

13. Bericht und Mitteilungen des Bürgermeisters

Bürgermeister Jungnitsch teilte mit, dass am 17. März der städtische Frühjahrsputz stattfindet. Am Tag zuvor findet die Müllsammelaktion in Boscheln statt und am 31.03.2012 der alljährliche Frühjahrsputz in Scherpenseel. Zu allen 3 Veranstaltungen seien alle herzlich zum Mitmachen eingeladen.

- - - - -

Dezernent **Gatzen** teilte in Bezug auf die Verpachtung der städtischen Dachflächen mit, dass man aufgrund der Diskussion in der letzten Sitzung des Haupt- und Finanzausschusses noch einmal mit der Firma verhandelt habe. Diese halte das ursprüngliche Angebot aufrecht. Zudem nehme die Verwaltung gerne die Anregung des Stadtverordneten Reißmayer auf, zu prüfen, ob die Dachfläche des Schwimmbades zur thermischen Eigenversorgung genutzt werden könnte.

Stadtverordneter **Weißborn** fragte nach, ob also die Bedingungen der ursprünglichen Ausschreibung eingehalten werden.

Dezernent **Gatzen** bestätigte dies.

- - - - -

Bürgermeister Jungnitsch berichtete, dass zwischenzeitlich neue Anmeldungen für den Partnerschaftsverein eingegangen, jedoch immer noch nicht alle Stadtverordneten Mitglieder des Vereins seien.

14. Bericht des Kämmers zur Finanzlage der Stadt Übach-Palenberg

Kämmerer **Beeck** berichtete über die aktuelle Finanzlage der Stadt Übach-Palenberg. Insoweit wird auf die Anlage zur Niederschrift verwiesen.

Kämmerer **Beeck** wies auf die Unterlagen bzgl. der Derivatgeschäfte hin, die er zu

Beginn der Sitzung ausgeteilt habe (die Unterlagen sind als Anlage der Niederschrift beigefügt). Er erklärte, dass die bisherigen positiven Aussagen zu den Jahresabschlüssen 2009-2011 nicht mehr aufrecht erhalten werden können, da sich die hohen negativen Marktwerte der Derivatgeschäfte auch negativ auf die Jahresabschlüsse auswirken. Deswegen habe er die Unterlage zu Kenntnis geben wollen.

Weiterhin wies er auf das Schreiben des Landrates des Kreises Heinsberg vom 08.12.2011 hin, dass er ebenfalls zu Beginn der Sitzung ausgeteilt habe (das Schreiben ist als Anlage der Niederschrift beigefügt).

Stadtverordneter **Gudduschat** fragte, welchen Sinn das Schreiben des Landrates mit Datum vom 08.12.2011 mache, wenn das Haushaltsjahr doch bereits abgelaufen sei.

Kämmerer **Beeck** antwortete, aus dem Schreiben ergeben sich auch Vorgaben für das zukünftige Verfahren.

15. Einwohnerfragestunde

Von Seiten der Einwohner wurden keine Fragen an die Verwaltung gerichtet.

Anfragen

Anfrage der SPD-Fraktion:

Stadtverordneter **Weißborn** fragte, was für eine Unterschriftensammlung in der Brünestraße, bzw. ob diese von Seiten der Verwaltung durchgeführt werde.

Bürgermeister Jungnitsch antwortete, dass eine Unterschriftensammlung nicht von der Verwaltung durchgeführt werde und er von der aufgezeigten Unterschriftensammlung bisher keine Kenntnis hatte.

Anfrage der CDU-Fraktion:

Stadtverordnete **Gillen** erklärte, sie hätte gerne, unter Bezug auf die Dichtheitsprüfung bzw. die Kanalerneuerungen, die Bergschäden in Übach-Palenberg von Seiten der Verwaltung erläutert.

Bürgermeister Jungnitsch sagte zu, dieses Thema auf die Tagesordnung einer der kommenden Sitzungen des entsprechenden Ausschusses zu setzen.

Bürgermeister Jungnitsch schloss die öffentliche Sitzung um 19.02 Uhr und setzte eine Pause von 5 Minuten an.

Nach Wiederherstellung der Öffentlichkeit schloss **Bürgermeister Jungnitsch** um 19.22 Uhr die Sitzung.

Jungnitsch
Bürgermeister

Schade
Schriftführerin